



In dieser Ausgabe:
 Widerstand gegen Abwälzung der Krisenfolgen, Bildungsstreik in Freiburg, Naziaufmarsch in Dortmund verhindern, vorgestellt: August Stöhr, Mieten in Freiburg, Film-Doku über Kuba, Sparpaket der Bundesregierung

„Gerecht geht anders!“ Jetzt gemeinsam wehren gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf uns!

DKP Freiburg: Unter diesem Motto demonstrierten am 12. Juni in Stuttgart und Berlin Zehntausende gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner. Ein ermutigendes Signal, zu dem Freiburg mit drei vollbesetzten Bussen beigetragen hatte.

Im Mittelpunkt der Reden standen Forderungen nach der Regulierung der Finanzbranche und die Kritik am gerade verkündeten Sparprogramm der Bundesregierung. DGB Landeschef Nikolaus Landgraf forderte „die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die höhere Besteuerung großer Erbschaften, höhere Spitzensteuersätze und eine Finanztransaktionssteuer“. Frank Bsierske, ver.di Bundesvorsitzender, verurteilte, dass nun mit Bankenrettungsgeldern gegen ganze Staaten spekuliert wird. Und der ver.di Geschäftsführer in Stuttgart, Bernd Riexinger, stellte die Frage: „Hat die Verkäuferin im Supermarkt, haben die Kurzarbeiter, die Hartz-IV-Bezieher, die Rentner oder die Alleinerziehenden, die jetzt zur Kasse gebeten werden, über ihre Verhältnisse gelebt“? Es sei „eine Schweinerei“,

jetzt die Vermögensbesitzer zu schonen. „Weg mit Hartz IV, eine Börsenumsatzsteuer, existenzsichernde Mindestlöhne und die Besteuerung der Millionenvermögen“ sei nötig. Und zum Schluss seiner Rede forderte er ein „Ende der Anpassung“.

Wenn die Politiker nicht mehr Politik für uns machen, müssten wir eben den politische Generalstreik auf die Tagesordnung setzen. Machtvolle Demonstrationen auf der Straße sind gut! Aber sie reichen nicht aus. Nötig wird es sein, die „Proteste in die Betriebe (zu) tragen“, wie Bsierske in Stuttgart gefordert hatte.

Dem können wir nur voll zustimmen! Denn hellhörig werden die Herrschenden erst richtig, wenn sich der Widerstand gegen ihre Profitsucht dort auswirkt, wo der Profit entsteht, nämlich in den Betrieben, den Büros und Verwaltungen. Und sie fürchten, dass die Beschäftigten bei solchen Kämpfen nicht nur klar er-



Die Aufforderung unserer griechischen Genossen:
Völker Europas, erhebt Euch!

kennen könnten, wer und welche Verhältnisse die Verursacher ihrer Not sind. Sie könnten auch lernen, wie dies zu verändern sei.

Bereiten wir den Herren und Damen von Kapital und Kabinett einen heißen Herbst.

Sie müssen endlich die Grenzen ihrer Macht aufgezeigt bekommen.

Für „eine solidarische Demokratie statt Kapitalismus“ zu kämpfen forderte Riexinger in Stuttgart.

Wir Kommunisten nennen das den Sozialismus.

Freiburger Freiheitskämpfer und Antifaschist – August Stöhr

Antifaschistische Linke Freiburg: Als Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg wurde der Freiburger August Stöhr 1916 verwundet und kam in russische Gefangenschaft. Nach der Oktoberrevolution 1917 kämpfte er freiwillig auf der Seite der Roten Armee gegen die Konterrevolutionäre.

Nach Deutschland zurückgekehrt wurde er aufgrund der Teilnahme am sogenannten Badischen Aufstand 1923 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

1933, nach der Machtübernahme der Nazis, floh August Stöhr in die Schweiz. 1936 ging Stöhr als einer der Ersten freiwillig zu den „Internationalen Brigaden“, die gegen den Militärputsch in Spanien kämpften. Kurz vor dem Sieg der Franco-Faschisten flohen die überlebenden Frei-

heitskämpfer nach Frankreich, von wo Stöhr nach der Besetzung Frankreichs durch die Nazis 1940 an das Deutsche Reich ausgeliefert und verurteilt wurde. In einem Magdeburger Gefängnis erlebte er im Mai 1945 die Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Truppen.

August Stöhr war einer von vielen Helden und Freiheitskämpfern in der Geschichte. Dass er aus unserer Region kommt, ist ein Grund mehr, die Erinnerung an ihn hochzuhalten mit dem Bekenntnis:

**Nie wieder Faschismus!
 Nie wieder Krieg!**



Freiburg braucht bezahlbare Mieten - und Taten statt Krokodilstränen



Hendrikk Guzzoni

Jetzt sind sie alle, ach so empört und voller Mitgefühl!

Die guten Worte, die die Mieterinnen und Mieter im Auggener Weg zu hören bekommen, nehmen kein Ende. Die Zustände im Auggener Weg sind eine einzige Katastrophe. Es wird nichts für die Instandsetzung getan, der Vermieter kommt seinen Verpflichtungen nicht nach, die Mieten steigen und bei Beschwerden der Mieterinnen und Mieter ist niemand zu erreichen. Der ganz normale Wahnsinn, der tägliche Skandal - und die Konsequenz aus dem Verkauf der Wohnungen von der FSB an die Fortress-Tochter GAGFAH. Beschlossen vom Aufsichtsrat der FSB, gegen die Stimme der Unabhängigen Listen. Aber wo waren die Grünen? Heute ist die MdB K. Andreae voller Mitgefühl...wo war die SPD? Heute spricht die SPD von Fehlentscheidung...

... Und wo sind die Konsequenzen?

Die von der FSB an die GAGFAH verkauften Wohnungen

müssen zurückgekauft werden! Die FSB und der Aufsichtsrat müssen für ihren Fehler geradestehen und ihn wieder gut machen! Das geht nur mit einem Rückkauf der Wohnungen. Und dann mit einer mieterfreundlichen und sozial verträglichen Politik der FSB.

Die Mieten in Freiburg sind schon viel zu hoch (im Durchschnitt über 40% des Einkommens!) Der Gemeinderat muss beschließen, dass die Mieten nicht mehr bis an die Grenzen des Erlaubten, bis an die Grenze des Mietspiegels angehoben werden sollen. Wir brauchen soziale Mieten. Mieten, die sich die Menschen auch leisten können, die in einem vernünftigen Verhältnis zum Einkommen stehen! Da hilft der Mietspiegel, der kürzlich vom Gemeinderat (gegen die Stimmen der Unabhängigen Listen) beschlossen wurde, nur wenig. Im Gegenteil, er wird die Mieterhöhungen der letzten Jahre aufnehmen und zu weiteren Mieterhöhungen führen. Die gesetzlichen Regelungen führen zwangsläufig dazu, dass der Mietspiegel eben nicht die tatsächlichen Durchschnittsmieten in der Stadt widerspiegelt (neulich sagte jemand: wer

glaubt, dass der Mietspiegel die Mieten widerspiegelt, der glaubt auch dass Zitronenfalter Zitronen falten!)

Wenn es der Gemeinderatsmehrheit wirklich um bezahlbare Mieten ginge, wie wäre es mit einem Beschluss für einen Mietstop bei städtischen Wohnungen?

Wie wäre es mit einem Beschluss, dass die städtische Wohnungsgesellschaft FSB die Miete in allen Wohnungen um 10 Cent senkt, damit diese Mietsenkungen in den folgenden Mietspiegel eingehen?

Wie wäre es mit einem Beschluss, die Mieten an das Einkommen zu koppeln statt an die Profitinteressen der Vermieter?

Die Mieten in Freiburg werden ein heißes Thema bleiben.

Hendrikk Guzzoni ist Stadtrat für die Linke Liste - Solidarisches Stadt (LISST), die zusammen mit den Unabhängigen Frauen (UFF) und der Kulturliste (KULT) die Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen (UL) im Freiburger Gemeinderat bildet. Außerdem ist er Mitglied im Parteivorstand der DKP.

Freiburg: Bildungstreik im Juni 2010

Antifaschistische Linke Freiburg:

Im Juni 2010 fanden in der Bundesrepublik verschiedene bildungspolitische Aktionen und Demonstrationen statt. Auch das Freiburger Bildungstreikbündnis beteiligte sich daran und brachte den Protest gegen die katastrophalen Zustände im Bildungssektor auf die Straße.

Am 9. Juni 2010 nahmen im Rahmen des bundesweiten Bildungstreiks etwa 1.500 Schüler, Auszubildende und

Studenten an einer Demonstration in Freiburg teil. Die Kritik an den Bildungseinrichtung, in denen wir uns nicht frei entfalten können, einer Zukunft, die uns von den Fehlentscheidungen der alten Eliten verbaut wird und den Interessen der Wirtschaft und der Banken am Bildungssystem, die garantiert nicht unsere Interessen sind, mobilisierten wieder einmal hunderte junge Menschen.

Nach einer Kundgebung auf dem Platz der Alten Synagoge startete der Demonstration-

zug über die Rempartstraße zum Bertoldsbrunnen in die Innenstadt, wo es weitere Redebeiträge gab. Danach zogen die Demonstranten weiter über die Kaiser-Joseph-Straße, am Rektorat der Uni Freiburg vorbei, bis zum Bahnhof, wo von etwa 300 Demonstranten das Gleis 1, welches für den Fernverkehr genutzt wird, friedlich besetzt wurde. Nach 1,5 Stunden wurde das Gleis von

Seiten der Schüler und Studenten geräumt, was die „Ordnungshüter“ als Chance sahen, einen Kessel zu bilden und von 160 Menschen, zum Teil auch von unter 14-Jährigen, die Personalien aufzunehmen. Selbst während der Personalienaufnahme kam es noch zu einem Übergriff seitens Polizei.

Viele junge Demoteilnehmer blickten vermutlich erstmals in die hässliche Fratze der staatlichen Repression, die



immer dann als Antwort kommt, wenn sogenannte Normen gedehnt werden. Wir verurteilen das Vorgehen der Freiburger Polizei, insbesondere die brutalen Gewaltausbrüche einzelner Beamter.

Spätestens im Herbst 2010 wird es die nächste Protestwelle geben. Wir dürfen uns dann aber nicht nur mit der Misere an den Schulen, Unis und in den Ausbildungsbe-

trieben erschöpfen, sondern müssen die Zusammenhänge zwischen den alltäglichen Zumutungen im Bildungssektor und dem Kapitalismus und der Krise herstellen.

Das betrifft etwa die Umstrukturierungen der Bildungseinrichtungen nach marktwirtschaftlichen Kriterien, die der neoliberalen Auffassung zu Grunde liegen, bei der Bildung handele es sich um eine Dienstleistung wie jede

andere, und nicht um ein Menschenrecht. Und die nächste Sauerei hat die Bundesregierung bereits angekündigt. Sie ließ die Drohung verbreiten, dass sie in den kommenden Jahren vorhat, den Sozialstaat weiter zu stützen. Es ist klar, dass die Gewinne des Kapitals stets privat bleiben, die Verluste hingegen auf uns Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Schüler und Studenten übertragen werden sollen.

Wir sagen: Mit solchen Schweinereien muss endlich Schluss sein. Jetzt ist die Zeit, die verschiedenen Kämpfe gegen die herrschenden Zustände zusammenzuführen. Nur gemeinsam können wir eine entsprechende Schlagkraft entwickeln, die nicht nur Forderungen stellt, sondern ihre Umsetzung erkämpfen kann.

Mehr Infos: www.bildungstreik-freiburg.de

Mehr als 50 Jahre Freundschaft und kubanische Revolution

SDAJ Freiburg: Viele Kubaner erleben 1959 die erste siegreiche Revolution Lateinamerikas, helfen kämpferisch und entschlossen dabei ein gerechtes Gesellschaftsmodell aufzubauen und trotzen standhaft unzähligen Medienattacken und Handelsblockaden. Seit nun über fünfzig Jahren leben sie deshalb gemeinsam in einer sozialistischen Gesellschaft.

Für viele von uns ist das eine Traumvorstellung, aber hierbei handelt es sich nicht um Fiktion, sondern um gelebte Wirklichkeit im realen Kuba. Dies versucht der Dokumentarfilm von Tobias Kriele und Martin Broschwitz einzufangen, in dem er mit Zuversicht von einer revolutionären Freundschaft vier kubanischer Frauen erzählt.

Der deutsche Filmtitel „Zucker & Salz – 4 Freundinnen leben 50 Jahre Kubanische Revolution“ entspringt den Worten Elenas, einer der Protagonistinnen, in einer echten Freundschaft müsse man auch das Salz gemeinsam essen, nicht nur den Zucker. Es ist für jede Einzelne das Normalste auf der Welt hält, ihr Leben und die Widersprüche mit den Freundinnen zu teilen im Bewusstsein, dass diese Freundschaft letzten Endes auf die Revolution zurückgeht.

Der schlichte, ungewöhnliche Film lässt die vier Damen ihre Lebensgeschichte und den Werdegang ihrer außerordentlichen Freundschaft ausbreiten; angefangen von ihrem Leben in der Batista-Diktatur, über ihre Arbeit als freiwillige Lehrerinnen während der Alphabetisierungskampagne in der Sierra Maestra, ihre Kämpfe mit dem Machismo, ihr Unverständnis gegen-



Die vier Protagonistinnen der Dokumentation, die im Oktober auch in Freiburg vorgeführt wird.

über der Entscheidung ihrer Kinder Kuba zu verlassen, bis hin zu ihrem Vertrauen in die junge Generation. Auf der Suche nach Antworten wie man auch hier lernt „Basta!“ zu sagen, werden wir gemeinsam mit befreundeten Organisationen in Freiburg Anfang Oktober den Film zeigen und haben zwei der porträtierten

Terminkalender

21.07.: Antifakneipe
im SUSI-Café
Thema: "Antifaschismus in Russland"

30.07.: Bundeswehrgelöbnis in Stuttgart blockieren
Infos: www.revolutionaere-aktion.tk

03.08.: DKP-Mitgliederversammlung

17.08.: DKP-Mitgliederversammlung

01.09.: Antikriegstag
71. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges

04.09.: Naziaufmarsch in Dortmund verhindern
Infos: www.antifabus.tk

07.09.: DKP-Mitgliederversammlung

15.09.: Antifakneipe
im SUSI-Café
Infos: www.antifaschistische-linke.de

21.09.: DKP-Mitgliederversammlung

Anfang Oktober: Filmveranstaltung „Zucker&Salz“
Infos demnächst auf: www.sdaj-freiburg.de

Frauen und den Filmemacher eingeladen, damit sie vor uns kubanische Wirklichkeit, Revolution und Freundschaft lebendig werden lassen.

Nähere Infos demnächst auf:
www.sdaj-freiburg.de

Naziaufmarsch in Dortmund verhindern!

Antifaschistische Linke Freiburg: Zum 6. Mal in Folge wollen die Faschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 4. September 2010 mobilisieren sie europaweit in die Ruhrgebietsmetropole. Nach dem erfolgreich verhinderten Großaufmarsch der Neonazis in Dresden gilt der so genannte „Nationale Antikriegstag“ in Dortmund als wichtigste Nagelprobe der so genannten „Autonomen Nationalisten“ bundesweit. Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis entwickelt. Brutale Übergriffe auf Migranten und linke Jugendliche, auf alternative Buchläden und Zentren, Parteibüros und Privatwohnungen von Antifaschisten häufen sich. Am 1. Mai 2009 griffen die Nazis die 1. Mai-Demo des DGB an.

In diesem Jahr werden aus dem gesamten Bundesgebiet Antifaschisten, Gewerkschafter und Nazigeegner aller Couleur in den Ruhrpott reisen, um mit Massenblockaden den Nazis keinen Meter Raum zu geben.

Wir unterstützen unsere Genossen in Dortmund und organisieren wieder einen Reisebus aus Freiburg. Nur gemeinsam können wir den Aufmarsch der braunen Brut verhindern.

Fahrt mit uns nach Dortmund!

Mehr Infos gibt es unter:
www.antifabus.tk
www.dortmundquer.blogspot.de



Die Regierung bittet zur Kasse

Sparen bei den Armen - Geschenke für die Reichen

DKP: Anfang Juli hat das Bundeskabinett den Haushaltsplan 2010 beschlossen. Die Gesamtausgaben sollen gegenüber diesem Jahr um vier Prozent heruntergefahren werden, um die im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ einzuhalten. Vor allem im Arbeitsministerium wird gekürzt um fast acht Prozent. Massive Einschnitte kommen auf die Bezieher von Hartz IV zu. Ihnen werden die bislang vom Bund gezahlten Beiträge zur Rentenversicherung gestrichen. Und das Elterngeld wird ihnen weggenommen. Außerdem wird ihnen der befristete Zuschlag beim Übergang von Arbeitslosengeld I zu Alg II gestrichen. Während für die Banken Schutzschirme mit riesigen Milliardenbeträgen errichtet werden, sollen Arbeitslose und Arme zur Kasse gebeten werden. 300 Millionen Euro spart die Regierung beim Wohngeld und trifft damit ärmere Familien, Rentner und Studierende.

Wer arm ist, muss früher sterben

Die Gesundheits-Reform richtet sich gegen alle Menschen, die nicht zu den Top-Verdienern gehören. Geschöpft werden die Rentner. Sie bekommen keine Rentenerhöhungen und müssen trotzdem höhere Beiträge zahlen. Künftige Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen werden ausschließlich den Versicherten aufgebürdet, die Beiträge der Unternehmer werden dagegen eingefroren. Die Kassen können künftig einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe erheben. Damit ist die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt, das Gesundheitswesen wird endgültig zum Gesundheitsmarkt, in dem die Devise gilt: „Wer arm ist, muss früher sterben.“

Geld ist genug da, aber diese Regierung ist die Vertretung der Reichen

Statt den Armen das letzte Hemd zu nehmen, könnte die Regierung das Geld dort holen, wo es ist: bei den Reichen, bei Millionären und Milliardären, bei Banken und Großkonzernen. Dazu müsste die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden, die Spitzensteuersätze und die Körperschaftsteuer angehoben, eine Kapitalverkehrssteuer eingeführt werden. Selbst das Steuersystem aus der Zeit Helmut Kohls brächte heute jährlich 100 Milliarden Euro mehr.



Die großen Konzerne, Versicherungen, Energieriesen und Banken haben in den letzten Jahren Milliarden Euro an Profiten eingefahren und wurden von der Regierung noch mit Subventionen und Steuergeschenken in Milliardenhöhe bedacht. Bezahlt haben die Beschäftigten mit niedrigen Lohnabschlüssen und Entlassungen, bezahlt haben die Arbeitslosen mit immer geringeren Leistungen, die Rentner, die Kranken, die Studierenden mit Studiengebühren, die Verbraucher mit Mehrwertsteuererhöhung, Familien und Alleinerziehende.

EU-weit versuchen Regierungen und Kapital, die Krise zu nutzen, um Löhne zu drücken, Arbeitszeiten zu verlängern, das Renteneintrittsalter höher zu setzen, die Daseinsvorsorge zu privatisieren und zu verteuern, demokratische Rechte abzubauen, die Mehrheit der Menschen mit höheren Beiträgen und Gebühren zu schröpfen und Leistungen abzubauen.

Dagegen wehren sich immer mehr. In Griechenland und Portugal, in Frankreich und Spanien. Am 12. Juni haben 20.000 Menschen in Stuttgart demonstriert und klar gemacht: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

**Jetzt muss der Widerstand verstärkt werden.
Bereiten wir den Bossen und ihrer Regierung einen heißen Herbst!**

ANTIFASCHISTISCHE LINKE FREIBURG

Die ALFR (Antifaschistische Linke Freiburg) ist in unserer Stadt und der Region Südbaden aktiv gegen faschistische Umtriebe. Sie mobilisiert regional und bundesweit auf linke Demonstrationen und kämpft in Theorie und Praxis für eine Welt jenseits von Faschismus, Hunger und Krieg. Bei den regelmäßigen Veranstaltungen kann man mehr über die Gruppe erfahren.

www.antifaschistische-linke.de

DKP

Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. GenossInnen der DKP kämpfen gemeinsam mit anderen Menschen z.B. in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung für konkrete Verbesserungen und grundlegende Veränderungen.

Die DKP-Ortsgruppe Freiburg trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat. Interessierte sind herzlich willkommen.

www.dkp.de
www.dkp-freiburg.de

SDAJ

Die SDAJ, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, ist eine Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen. Die SDAJ Freiburg trifft sich wöchentlich. Wenn Du bei uns mitmachen willst, melde dich einfach per Email:

sdaj-freiburg@gmx.de

www.sdaj-netz.de
www.sdaj-freiburg.de

Impressum:

Unsere Stadt - Kommunistische Zeitung für Freiburg

wird herausgegeben von:

Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Freiburg
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Freiburg

ViSdP:
Hendrikk Guzzoni, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg

Die Redaktion erreichen Sie:

per post
„Unsere Stadt“
c/o Linksbüro
Greiffeneggring 2,
79098 Freiburg

per email:
unserestadt@dkp-freiburg.de



Zeitung machen kostet Geld!

Deshalb sind uns Spenden für die weitere Herausgabe von „Unsere Stadt“ herzlich willkommen.

Überweisen Sie bitte unter dem Stichwort „Spende Unsere Stadt“ auf das Konto der...

DKP FREIBURG
Konto-Nr: 1020086500
BLZ: 68010111 (SEB Freiburg)